

Medienmitteilung vom 3. Juli 2008

Energetische Gebäudesanierung: Überparteiliche Allianz macht Druck

Steuerliche Anreize zur Förderung energetischer Gebäudesanierungen, Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe, Abschaffung der Dumont-Praxis: Diesen drei Sofortmassnahmen zur nachhaltigen Senkung des Energieverbrauchs wollen Parlamentarier aller Fraktionen in der Herbstsession gemeinsam zum Durchbruch verhelfen.

Die immer höheren Energiepreise beunruhigen die Konsumenten und wirken sich negativ auf den Finanz- und Werkplatz Schweiz aus. Die Politik ist gefordert. Unkonventionelle und rasch umsetzbare Lösungen sind gefragt. Deshalb haben sich innert weniger Tage 10 Parlamentarier verschiedener Couleur in der „Allianz Energetische Gebäudesanierung – JETZT“ zusammengeschlossen. Ziel der von FDP-Nationalrat Otto Ineichen initiierten Vereinigung ist es, mit geeigneten politischen Massnahmen den Energieverbrauch in der Schweiz rasch und nachhaltig zu senken. Dabei stehen drei Themen im Vordergrund.

Steueranreize für Altbausanierungen

So gehen den Initianten die heute gültigen steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für energetische Altbausanierungen zuwenig weit. Dort liegt laut SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga das grösste Sparpotenzial. Sie fordert deshalb steuerliche Anreize im Sinne der von Nationalrat Philipp Müller im März 2007 eingereichten Motion. Sie stellt dabei aber klar: „Nur Massnahmen, die einen relevanten Zielbeitrag gewährleisten und die über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehen, sollen steuerlich abzugsberechtigt sein“. Denkbar wäre beispielsweise ein mit einem bestimmten Faktor multiplizierter Abzug der Sanierungskosten bei der Einkommenssteuer oder die befristete Herabsetzung des Steuerwerts einer Liegenschaft nach erfolgter Sanierung bei der Vermögenssteuer.

Teilzweckgebundene CO₂-Abgabe

Handlungsbedarf sieht die Allianz auch bei der CO₂-Abgabe. Sie schlägt vor, mindestens einen Drittel dieser Mittel zweckgebunden der direkten Förderung von energetischen Gebäudesanierungen zuzuführen. Dazu CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger: „Es ist sinnvoll, an der Quelle anzusetzen – also dort, wo die Brennstoffe verbraucht werden.“ Der Vollzug solle durch die Kantone erfolgen, wo bereits das erforderliche Know-how vorhanden sei. Lustenberger: „Der finanzielle Zustupf aus der CO₂-Abgabe würde den Kantonen erlauben, den wachsenden Bedarf nach Fördermitteln zu decken.“

Abschaffung der Dumont-Praxis

Ein weiterer Dorn im Auge ist den Initianten die so genannte „Dumont-Praxis“, wonach der private Käufer einer Altliegenschaft Sanierungskosten, die bei ihm in den ersten 5 Jahren nach Erwerb anfallen, nicht zu 100 Prozent steuerlich abziehen kann, wenn er die Liegenschaft in einem vernachlässigten Zustand übernommen hat. Das führt laut SVP-Nationalrat Jean-François Rime dazu, dass notwendige Gebäudesanierungen aus steuerlichen Gründen auf die lange Bank geschoben würden und der Erwerb von Wohneigentum behindert werde: „Mit der Abschaffung der Dumont-Praxis wird der Weg frei für Gebäudesanierungen, die den Energieverbrauch langfristig reduzieren.“ Zudem könne man damit dem drohenden Auftragseinbruch in der Bauwirtschaft entgegenwirken.

Bundesrat ist gefordert

Diesen drei Sofortmassnahmen will die überparteiliche Allianz in der Herbstsession zum Durchbruch verhelfen. Das entlaste das Portemonnaie der Konsumenten und trage zur Konjunkturbelebung bei, sagt Initiant Otto Ineichen. „Dadurch werden im Endeffekt Arbeitsplätze erhalten und neue Steuereinnahmen generiert.“ In ihrem Manifest nimmt die Allianz aber auch den Bundesrat in die Pflicht. Sie fordert ihn auf, in der Herbstsession einen Katalog sofort umsetzbarer Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz vorzulegen. Mit der Einreichung eines dringlichen Vorstosses will die Allianz dieser Forderung Nachdruck verleihen, sagt GPS-Nationalrat Louis Schelbert: „Die Förderung erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz sind der Schlüssel für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik.“

Über Parteigrenzen hinweg

Neben der politischen Ebene setzen sich die Mitglieder der Allianz auch dafür ein, dass Banken und Energiedienstleister im Sinne einer befristeten Aktion günstige Kredite bzw. Subventionen für Gebäudesanierungen anbieten. Otto Ineichen liess an der Medienkonferenz durchblicken, dass verschiedene namhafte Unternehmen ihre tatkräftige Unterstützung bereits zugesichert hätten. „Wir sind der festen Überzeugung,“ schloss Ineichen, „dass die komplexen Herausforderungen in der aktuellen Energiepolitik nicht mehr von einer Partei im Alleingang zu meistern sind.“ Mit der Gründung der überparteilichen Allianz demonstrierte man, dass man die Sorgen der Bevölkerung ernst nehme und gewillt sei, auf politischem Weg Druck zu machen, um rasch umsetzbare Lösungen zu erwirken. Dafür hat die Allianz sogar eine Geschäftsstelle eingerichtet, die ihre Bestrebungen koordinieren und weitere Inputs aus der Bevölkerung aufnehmen soll.

Auskünfte erteilen:

Dr. Pia Stebler, Leiterin der Geschäftsstelle AEG-J

Telefon: 079 674 45 45

E-Mail: pia.stebler@rpconsulting.ch